

Ausschuß für Kommunalpolitik

Protokoll

52. Sitzung (nicht öffentlich)

1. Februar 1995

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 15.10 Uhr

Vorsitz: Abgeordneter Hofmann (SPD) (stellv. Vorsitzender)

Stenograph: Eiling

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

a) Aufwandsentschädigung bei Ortsvorstehern

Antrag der F.D.P.-Fraktion

4

MDgt Held (IM) beantwortet die Frage.

b) Gesamtschule Schloß Holte-Stukenbrock	
Antrag der CDU-Fraktion	5
- Stellungnahme von MR Jehkul (KM)	5
- Aussprache	6
2 Bürgermeisterwahl in Velbert	8
- Stellungnahme von StS Riotte (IM)	8
- Aussprache	9
3 Anpassung der Gemeindehaushaltsverordnung an geänderte Rahmenbedingungen	
Antrag der Fraktion der SPD	
Drucksache 11/7308	12

Nach kurzer Aussprache wird angesichts des noch bestehenden Erörterungsbedarfs vereinbart, die weitere Beratung zu verschieben.

4 Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7847

14

Der Gesetzentwurf wird abschließend beraten. Der Ausschuß verzichtet auf ein Votum; über die Änderungsanträge der Fraktionen soll im federführenden Ausschuß entschieden werden.

5 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7738

16

Nach kurzer abschließender Beratung entscheidet der Ausschuß über den Antrag der Fraktion der CDU, dem federführenden Ausschuß zu empfehlen, § 9 Abs. 3 Satz 4 zu streichen. Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen.

Auf eine Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf wird verzichtet.

6 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung - (BauO NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/7153

Vorlagen 11/3268, 11/3462, 11/3515, 11/3555 und 11/3595

18

Der Ausschuß berät Einzelaspekte des Gesetzentwurfs. Zu den aufgeworfenen Fragen nimmt StS Dr. Ritter (MBW) Stellung.

Dem federführenden Ausschuß wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN **empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.**

7 Bauen ohne Genehmigungsverfahren

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/6065

25

Der Ausschuß kommt überein, die Entscheidung über den Antrag dem federführenden Ausschuß zu überlassen.

8 Gesetz über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (Umweltinformations- und Akteneinsichtsrechtsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - UAG-NW)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5387

25

Nach kurzer Diskussion wird vereinbart, diesen Gesetzentwurf, den die SPD-Fraktion als erledigt bezeichnet, ohne Abstimmung dem federführenden Ausschuß zu übergeben.

9 Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und des Schulpflichtgesetzes (Schulorganisationsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7391

10 Gesetz zur Reform des Schulwesens in Nordrhein-Westfalen (Schulreformgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6830

11 Alle öffentlichen Grundschulen werden Gemeinschaftsgrundschulen - Konfessionsschulen nur in freier Trägerschaft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5626

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Beratung vertagt.

1

12. Gesetz zur Änderung und Ergänzung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7653

Der Ausschuß betrachtet einvernehmlich die Beratung als erledigt.

2

13. Für eine wirkungsvolle Abwasserpolitik - Gegen hohe Gebührenbelastung für die Bürgerschaft

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/7606

Die abschließende Beratung wird auf den 8. März 1995 verschoben.

2

14. Für einen Kurswechsel in der Altenpolitik: Selbstbestimmtes Leben im Alter sichern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7753

15. Zuständigkeit für die Altenpolitik in den Kommunen in eine Hand - Verlagerung der Zuständigkeit für die "Hilfe zur Pflege" § 100 BSHG auf die Kommunen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7754

16 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes (Kommunalwahlgesetz für Unionsbürger und -bürgerinnen)Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7294

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Beratung dieser drei Punkte abgesetzt.

3

17 Verschiedenes**a) Erstattungen an die Gemeinden nach dem Ausführungsgesetz zum Asylbewerberleistungsgesetz**

26

- Stellungnahme durch StS Riotte (IM)

27

- Aussprache

29

b) Petitionen betreffend Kommunalabgaben

32

Der Ausschuß vereinbart, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung im Rahmen der Tagesordnung zu erörtern.

**11 Alle öffentlichen Grundschulen werden Gemeinschaftsgrundschulen -
Konfessionsschulen nur in freier Trägerschaft**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5626

zu vertagen. Die SPD-Fraktion sei zu der Ansicht gelangt, daß zumindest Teile davon im weitesten Sinne im Zusammenhang mit dem Finanzausgleichsgesetz gesehen werden müßten und daß die Kommunalpolitik, was Schulentwicklungspläne und ähnliches angehe, nachhaltig tangiert sei. Seine Fraktion habe deshalb noch erheblichen Beratungsbedarf. - **Abgeordneter Leifert (CDU)** erklärt sich namens der CDU-Fraktion damit einverstanden.

Abgeordneter Thulke (SPD) fährt fort, **Punkt**

12 Gesetz zur Änderung und Ergänzung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7653

sei nach seinen Informationen im federführenden Ausschuß schon abschließend beraten worden. Der kommunalpolitische Arbeitskreis seiner Fraktion habe eine kleine Ergänzung für erforderlich gehalten, die von der SPD-Fraktion im federführenden Ausschuß aufgegriffen worden sei. Eine Behandlung im Ausschuß für Kommunalpolitik sei deshalb nicht mehr notwendig und dieser Punkt als **erledigt** anzusehen. - **Abgeordneter Leifert (CDU)** schließt sich dem an.

Bezüglich Punkt

13 Für eine wirkungsvolle Abwasserpolitik - Gegen hohe Gebührenbelastung für die Bürgerschaft

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/7606